

## Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für Klimaschutz

Nirgendwo wird der Widerspruch zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und politischem Handeln deutlicher als bei der Klimaerwärmung. Klimaforscher schlagen Alarm - Regierungen machen zwar viele Worte, tun aber viel zu wenig. Donald Trump, der US-Präsident, oder hierzulande die AfD leugnen sogar, dass es einen menschengemachten Klimawandel gibt. Die Konsequenzen für viele Bewohner des Globus werden verheerend sein: Wetterextreme wie Dürren, Eisschmelze, Überschwemmungen und der Anstieg des Meeresspiegels vernichten schon heute Millionen von Existenzen. Bei deutlich mehr als drei Grad Klimaerwärmung, auf die die Welt derzeit zusteuert, werden im Laufe des Jahrhunderts mehrere hundert Millionen Menschen zur Flucht gezwungen sein. Da sind sich fast alle Forscher und der Weltklimarat einig.

Die größte Quelle des Treibhausgases CO<sup>2</sup> in Deutschland ist die Braunkohle. Als wichtigstes Argument gegen den Ausstieg führen Gewerkschaften den Erhalt der Arbeitsplätze an. Die Sorge um die Existenz von zehntausenden Familien ist dabei mehr als gerechtfertigt. Deswegen gilt es eben jetzt schon, genauso wie es im Steinkohlebergbau praktiziert wurde, sich Gedanken über die Zukunft der Menschen in den Braunkohlerevieren zu machen und sinnvolle Alternativen zu erarbeiten. Dies ist zuallererst Aufgabe der Beschäftigten, Gewerkschaften, der Betriebsräte, der ortsansässigen Bevölkerung, der Politik, aber auch von Wissenschaft und der Zivilgesellschaft - und nicht zuletzt von Unternehmen. RWE z.B. produziert 37 Prozent seines Stroms aus der Braunkohle. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, den Menschen in den Revieren lebenswerte Perspektiven für die Zukunft zu eröffnen. Wir sind der Auffassung, dass niemand der Beschäftigten, egal ob in der Förderung oder in den Kraftwerken, erwerbslos werden oder in prekäre Arbeitsverhältnisse abgeleitet darf.

Der ver.di Gewerkschaftsrat hat sich im März 2016 für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Braunkohleförderung ausgesprochen. Selbstverständlich fordert ver.di eine Perspektive für die Menschen in den Fördergebieten. Was aber dieses „schnellstmöglich“ bedeutet, bleibt leider unklar. Klar ist: ver.di hat den Klimawandel anerkannt, und damit auch, dass die Energiegewinnung aus Kohle beendet werden muss.

Anders sieht es bei der IG BCE aus. Als ver.di im Herbst 2016 eine Studie zum sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung veröffentlichte, unterstellte der IG BCE-Bezirk Alsdorf, zuständig für das rheinische Braunkohlerevier, der Dienstleistungsgewerkschaft Verrat: „Verdi brüskiert damit die Beschäftigten in den Braunkohlerevieren. [...] Wir wollen keine Abwicklung, wir wollen Zukunft!“ schrieb die IG BCE in einer Erklärung. Dass die IG BCE mit ihren Positionen innerhalb des DGB alleine steht, scheint sie nicht sonderlich zu stören. Auch bei der Beendigung der Nutzung der Atomkraft hat die IG BCE sich ähnlich verhalten. Ihr scheint eigen zu sein, gesellschaftliche Erfordernisse nicht zu sehen und stur an der Verteidigung“ zerstörerischer Arbeitsplätze festhalten zu wollen. Dabei geht die IG BCE stets in Zusammenarbeit mit den großen Konzernen vor, wie zuletzt 2015, als sie gemeinsam mit RWE eine Demonstration in Berlin organisierte.

Klimagerechtigkeit bedeutet, sowohl die Interessen der Beschäftigten, der Anwohner als auch die der globalen Umwelt zu berücksichtigen. Der Weg zu einer Gesellschaft ohne massiven Ressourcenverbrauch, ist nur mit einer Umgestaltung der Gesellschaft zu erreichen. Die Macht der großen Öl-, Kohle und anderer Energiekonzerne muss beendet werden. Das gesellschaftliche Leben muss ausgehend von menschlichen Bedürfnissen gestaltet werden und nicht von den Profiterwartungen einer globalen Minderheit. Neue Arbeitsplätze entstehen z.B. beim Rückbau der Fördergebiete, bei der Ansiedlung zukunftsfähiger Betriebe oder auch von Anlagen erneuerbarer Energien. Aber das kann nur ein erster Schritt sein. Ein weiterer wäre die Umsetzung einer alten Gewerkschaftsforderung: Die nach radikaler Arbeitszeitverkürzung – 30 Stunden Woche bei vollem Lohn und Personalausgleich.

Düsseldorf im März 2017